



# Initiative Grundeinkommen Amperland (IGEA)

[www.grundeinkommen-amperland.de](http://www.grundeinkommen-amperland.de)

---

## Was ist ein Grundeinkommen?

Unter einem *Grundeinkommen* (GE) verstehen wir ein mindestens *existenzsicherndes* Einkommen, das eine politische Gemeinschaft (typischerweise ein Staat) jedem ihrer Mitglieder *bedingungslos*, nämlich auf *individueller Basis*, *ohne Bedürftigkeitsprüfung* und *ohne Arbeitszwang*, gewährt.

Da sich die Bedeutung des Begriffs "Grundeinkommen" im deutschen Sprachraum nicht immer mit dieser Definition deckt, verwenden wir zur Unterscheidung oft auch die Bezeichnung "bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)".

Die mindestens existenzsichernde Höhe des GE soll nicht nur das nackte Überleben sichern, sondern ein bescheidenes Leben in Würde und die dazu notwendige Teilhabe am sozialen, kulturellen und politischen Leben der Gemeinschaft ermöglichen.

Die Auszahlung erfolgt auf individueller Basis, d.h. jede einzelne Bürgerin und jeder einzelne Bürger hat einen individuellen Rechtsanspruch auf das GE, in voller Höhe (zumindest bei Erwachsenen) und unabhängig davon, ob und mit wem sie oder er zusammenlebt oder -wohnt. Es gibt also keine "Bedarfsgemeinschaften" mehr, bei denen ein Mitglied (Haushaltsvorstand) mehr bekommt als die anderen.

Das GE wird ohne Bedürftigkeitsprüfung gezahlt, also unabhängig vom Einkommen und ohne Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Empfänger. Arme und Reiche erhalten das gleiche GE.

Das GE ist an keinerlei Arbeitsverpflichtung gebunden, sondern wird unabhängig davon bezahlt, ob jemand arbeitet oder arbeitswillig ist. Es ist ausdrücklich eine "Leistung ohne Gegenleistung". Es ist kein Lohn für Arbeit oder für anderweitiges Wohlverhalten. Fleißige und Faule erhalten das gleiche GE. Jeder darf arbeiten, aber keiner muss.

## Warum existenzsichernd?

Andernfalls würde Armut nicht restlos beseitigt und Betroffene wären weiterhin gezwungen, sich den herkömmlichen Bedingungen der Sozialbürokratie zu unterwerfen, um den zur Existenzsicherung fehlenden Restbetrag zu erhalten. Die meisten der mit dem GE verbundenen Vorteile kämen so nicht zum Tragen, die herkömmlichen Sicherungssysteme mit all ihren Nachteilen blieben bestehen.

Dagegen tritt ein mindestens existenzsicherndes GE an die Stelle der bisherigen sozialen Sicherungssysteme. Sozialhilfe, Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung, Kindergeld, Erziehungsgeld, Bafög, Beamten-Pensionen, könnten entfallen bzw. auf zusätzliche, freiwillige private Vorsorge reduziert

werden, Sozialhilfe wäre nur noch für Sonderbedarf notwendig, wie etwa bei Behinderung.

### Warum bedingungslos?

An gesetzliche Bedingungen geknüpfte Grundsicherungsleistungen erfordern staatliche Kontrollen der Einhaltung dieser Bedingungen und Sanktionen bei Nichteinhaltung. Daraus ergeben sich u.a. folgende *Nachteile*, die durch den Verzicht auf Bedingungen beim GE vermieden werden:

- *Stigmatisierung* und *Ausgrenzung* durch erniedrigende staatliche Kontrollen und Repressionen. Man gehört zu den "Versagern", die auf "Sozialhilfe" angewiesen sind.
- Staatliche *Kontrolle* und *Bevormundung*. Man muss dem Staat weitgehenden Einblick in die eigene Privatsphäre gewähren, sich vorschreiben lassen, wie man zu leben hat, erzieherische Maßnahmen erdulden, sich "alles gefallen lassen" wegen der ständigen Drohung, bei Nicht-Wohlverhalten die Existenzsicherung entzogen zu bekommen.
- *Sozialbürokratie*. Das Überprüfen der Bedingungen für die Leistungsgewährung sowie die Überwachung, Beeinflussung und Verwaltung der Leistungsempfänger erfordern einen riesigen und teuren Verwaltungsapparat, dessen Mitarbeiter z.B. bei der Verfolgung von Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit nutzbringender eingesetzt werden könnten.
- *Missbrauch*. Der Missbrauch von Grundsicherungsleistungen wird überhaupt erst dadurch möglich, dass sie an gesetzliche Bedingungen geknüpft werden. Es wird dann immer wieder Versuche geben, Leistungen zu erhalten ohne die Bedingungen zu erfüllen. Das führt zu verschärfter Kontrolle und Überwachung der Bürger, Kriminalisierung von Menschen in aussichtsloser Lage, Mehrbelastung der Justiz, Vorurteilen, Diskriminierung und einem Klima des Misstrauens.
- *Misstrauen*. Um die Kosten zu senken, ist die Versuchung für Staat und Gesellschaft groß, möglichst viele Bürger von der Inanspruchnahme der Grundsicherungsleistungen abzuschrecken. Dies kann durch stigmatisierende öffentliche Kampagnen gegen Arme und Arbeitslose erreicht werden, indem man ihnen die Schuld an ihrer Lage zuschiebt und die Bevölkerung zu Misstrauen, Diskriminierung und Bspitzelung dieser "Bürger zweiter Klasse" ermutigt.
- Armut aus *Scham*. Viele Bürger schämen sich, die ihnen gesetzlich zustehenden Leistungen in Anspruch zu nehmen. Sie fürchten die Verachtung durch ihre Mitbürger, wollen die Inanspruchnahme von Familienangehörigen vermeiden oder empfinden die Prüfungsprozeduren der Sozialbürokratie als so demütigend, dass sie es vorziehen, in materieller Not zu leben.
- Armut aus *Unwissenheit*. Viele Bürger versäumen es aus Unwissenheit, die ihnen gesetzlich zustehenden Leistungen in Anspruch zu nehmen, oder sie fühlen sich durch die komplizierten Antragsprozeduren der Sozialbürokratie überfordert oder machen dabei ohne es zu wissen Fehler, die zur Ablehnung der Unterstützung führen.
- *Verdatung*. Der Staat gewinnt einen riesigen und stets wachsenden Bestand sensibler persönlicher Daten aller Bürger, die jemals in ihrem Leben Kontakt zur Sozialbürokratie hatten. Der sicherste Datenschutz besteht aber darin, Daten erst gar nicht zu erheben.

- *Fehler*. Auch Sozialbürokraten sind nur Menschen, machen also auch Fehler, und die treffen gerade die Schwächsten in unserer Gemeinschaft. Damit nehmen wir in Kauf, dass immer wieder Menschen aus unserer Mitte versehentlich ins Elend gestoßen werden.

Über die Vermeidung all dieser Nachteile hinaus verschafft einem ein GE die Erfahrung bedingungsloser *Anerkennung* als Mensch und Bürger durch die Gemeinschaft der man angehört: "Du kannst in deinem Beruf herbe Fehlschläge und Enttäuschungen erleiden, womöglich ökonomisch scheitern, und das kann dazu führen, dass du auch in deinen eigenen Augen scheiterst: Du scheiterst gleichwohl nie sozial. Als Mitglied der Gemeinschaft, als Mitbewohner dieser Erde bist du unangefochten." (aus Wolfgang Englers Buch "Bürger, ohne Arbeit")

### Warum auf individueller Basis?

Das GE wird an Einzelpersonen gezahlt statt, wie bei Arbeitslosengeld II (ALG II) und Sozialhilfe, an Haushalte oder "Bedarfsgemeinschaften". Es begünstigt somit das Zusammenleben von Menschen statt es zu bestrafen. Wer dagegen heute mit (einem) anderen Menschen zusammenlebt, bekommt weniger Sozialleistungen als wenn er alleine lebt oder dies vorgibt.

Das Problem der Definition von Bedarfsgemeinschaften und der gegenseitigen Anrechenbarkeit von Einkommen oder Vermögen stellt sich beim GE nicht, eine "Sippenhaftung" findet nicht statt. Es werden keine ökonomischen Abhängigkeiten innerhalb von Familien und Partnerschaften geschaffen.

Für manche Frauen könnte das GE ein wichtiger Schritt sein, um sich aus familiären Abhängigkeiten und demütigenden Paarbeziehungen zu lösen. Oft sind es derzeit finanzielle Notlagen und Abhängigkeiten von einem Ernährer, die insbesondere Frauen dazu bringen, Unterdrückung und Diskriminierung zu erdulden.

Jungen Menschen wird ein Auszug aus dem Elternhaushalt und der Weg in ein eigenverantwortliches Leben erleichtert.

Erwerbslose müssen dem Staat nicht mehr beweisen, dass sie zwar den Kühlschrank mit dem Mitbewohner teilen, aber nicht das Bett; und staatliche Sozialdetektive müssen nicht mehr versuchen, durch Aushorchen der Nachbarn oder Erforschung der Bettwäsche das Gegenteil zu beweisen.

### Warum ohne Bedürftigkeitsprüfung?

Der Einzelne wird nicht länger zum Bittsteller erniedrigt. Der Beweis der eigenen Bedürftigkeit ist notgedrungen eine demütigende Prozedur. Aber selbst wenn man das Glück hat, von einem feinfühligem Beamten durchleuchtet zu werden, bleibt die Stigmatisierung durch das amtliche "Armutszeugnis".

Dagegen wird sich niemand schämen das GE zu erhalten, so wie auch heute schon niemand sich geniert Kindergeld zu beziehen. Man bekommt das GE ja nicht, weil man bedürftig ist, sondern jeder bekommt es, auch der Reiche (der es allerdings über höhere Steuern wieder zurückzahlen muss).

Da das GE unabhängig vom Einkommen gezahlt wird, bietet es einen Anreiz, sich etwas dazuzuverdienen. Es kommt also nicht zur "Armutsfalle", die für

heutige ALG-II-Empfänger darin besteht, dass sich die Aufnahme von Erwerbsarbeit oft nicht lohnt, weil bis zu 85% des Verdienstes wieder vom Arbeitslosengeld abgezogen wird.

### Warum ohne Arbeitszwang?

- Solange mehrere Millionen Arbeitsplätze fehlen, macht es wenig Sinn, Menschen zur Arbeit zu zwingen. Trotzdem zwingt die Sozialbürokratie heute einkommenslose Bürgerinnen und Bürger, hunderte sinnloser Bewerbungen zu schreiben, nutzlose Scheinarbeiten zu verrichten und unbrauchbare "Qualifizierungs"maßnahmen zu erdulden, um ihre Arbeitswilligkeit zu testen. Das verschönert die Statistik und spart Geld durch Abschreckung, statt Menschen in Not zu helfen.
- Das Arbeitsvolumen, also die Gesamtzahl der pro Jahr geleisteten Arbeitsstunden, schrumpft seit mehr als 150 Jahren. Diesen Trend konnten auch zwei Weltkriege, ein Wirtschaftswunder und die Wiedervereinigung nicht ändern. Auch in Zukunft werden wir mehr Güter billiger und mit weniger Menschenarbeit produzieren. Wenn aber die Arbeit immer weniger wird, sollte man die Existenzsicherung davon entkoppeln.
- Ohne Bedürftigkeitsprüfung ist es nicht mehr notwendig, jemanden zum Arbeiten zu zwingen, weil dann ein Anreiz besteht, sich durch Arbeit etwas zum GE dazuzuverdienen; der Verdienst wird ja nicht auf das GE angerechnet, man kann also durch Arbeit sein verfügbares Einkommen spürbar erhöhen.
- Bestehender Arbeitszwang verleitet Unternehmen dazu, die Zwangslage Arbeitssuchender auszunutzen und nur Hungerlöhne zu zahlen, zumal wenn gesetzliche Mindestlöhne fehlen. Arbeitssuchende werden dann von der Sozialbürokratie gezwungen, solche elenden Jobs anzunehmen.
- Jeder sollte selbst entscheiden können, ob er eine gering bezahlte Arbeit annehmen will oder nicht. Vielleicht handelt es sich um eine Tätigkeit, bei der man sich wertvolle Qualifikationen erwerben oder wichtige Kontakte knüpfen kann, oder die interessante Einstiegs- oder Aufstiegsmöglichkeiten bietet, so dass man bereit ist, vorübergehend Einbußen beim Verdienst hinzunehmen. Ob dies der Fall ist oder ob es sich nur um einen miesen Job handelt, können die Betroffenen besser beurteilen als die Sozialbürokratie.
- Zwangsarbeit ist ein Relikt aus den finsternen Zeiten von Arbeitshäusern und Arbeitslagern. Sie ist einer freiheitlichen Demokratie unwürdig und verstößt im übrigen gegen Artikel 12 des Grundgesetzes.
- Der Vorwurf des Leistungsmissbrauches aufgrund von Arbeitsunwilligkeit und daraus folgende staatlich-repressive Maßnahmen werden mit einem Grundeinkommen gegenstandslos.
- Man arbeitet motivierter, wenn man arbeitet weil man will und nicht weil man muss. Es ist angenehmer mit motivierten Kollegen zusammenzuarbeiten als mit unwilligen und desinteressierten. Die Arbeit macht dann mehr Freude und es kommt mehr dabei heraus.
- Mehr Menschen erhalten die Möglichkeit zu gering- oder unbezahlter Tätigkeit im sozialen, künstlerischen, wissenschaftlichen oder politischen Bereich, weil sie nicht mehr zu sinnloser Verschwendung ihrer Lebenszeit gezwungen werden können.